

## Plötzlich im Mittelpunkt

Kreispolitiker interessieren sich  
stark für Situation im Frauenhaus

**Freising** – Das Frauenhaus der Diakonie scheint in diesem Jahr in den Mittelpunkt der Kommunalpolitik zu rücken. Jüngst hatte sich der SPD-Kreisverband in seinem Neujahrsgespräch für die Einrichtung stark gemacht. Sabina Brosch (Grüne) wollte vor Kurzem im Ausschuss für demografische und soziale Fragen des Kreistags wissen, wie es denn in Zeiten der Coronapandemie um die Nachfrage auf einen Platz im Frauenhaus bestellt sei. Die Diskussion fand am Donnerstag im Kreisausschuss ihre Fortsetzung, obwohl es eigentlich nur um eine neue geschäftliche Vereinbarung mit der Diakonie ging.

Die neue Leistungs-, Finanzierungs- und Prüfungsvereinbarung soll nicht zu Lasten des Trägers gehen. Das hatte Werner Wagensonner von der Sozialverwaltung des Landkreises schon in der Sitzung des Ausschusses für demografische und soziale Fragen klargestellt. Es geht schlicht darum, ein Instrument zur Hand zu haben, damit der Landkreis unter Umständen nicht auf seinen Kosten sitzen bleibt. Das könnte dann der Fall sein, wenn eine Bewohnerin im Frauenhaus Zuflucht gefunden hat, die aus einem der wenigen Landkreise kommt, mit denen der Landkreis Freising keine Vereinbarung auf einen gegenseitigen Verzicht von Erstattungsansprüchen geschlossen hat. Oder aber, die von außerhalb des Freistaats kommt. Es gehe darum, Außenstände einfordern zu können und zu verhindern, dass neue entstünden, erklärte Wagensonner. Der Kreisausschuss stimmt der neuen Vereinbarung zu.

Neben solchen aus Freising hätten Hilfesuchende aus Dachau, Donauwörth und dem Landkreis München 2019 im Frauenhaus Zuflucht gefunden, beantwortete Wagensonner eine Nachfrage von Manuel Mück (CSU). Es sei im Übrigen durchaus üblich, dass Frauen außerhalb des eigenen Landkreises untergebracht würden, ergänzte er. Schon allein, um einen gewissen Abstand zu schaffen.

Derzeit bietet das Frauenhaus fünf Plätze. „Es ist rappellvoll“, stellte Johannes Becher (Grüne) fest. Angesichts der Tatsache, dass die eigentlich auf zwölf Wochen beschränkte Verweildauer oft überschritten wird, weil die Frauen auf dem freien Wohnungsmarkt nicht unterkommen, forderte Becher, dass mehr Kapazitäten geschaffen werden. Er vermutet darüber hinaus, dass die Zahl der Fälle, in denen häusliche Gewalt ausgeübt werde, während der Pandemie erheblich zugenommen habe. Aufklärung über den Stand der Dinge soll die Diakonie wenn möglich in der nächsten Sitzung des Ausschusses für demografische und soziale Fragen geben. So war es vereinbart worden. Tobias Weiskopf (FDP) erinnerte in diesem Zusammenhang an eine entsprechende Anfrage, welche die Liberalen im Kreistag vor einigen Monaten gestellt hatten.

PETER BECKER